

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Was man auf der Ausstellung für Sparame Bauweise vermifft.

Von Architekt W. Conradt.
Sehr sorgfältige Plänebilder zur Darstellung der Wärmeabfuhr sollen auf der Ausstellung für Sparame Bauweise eine Vorleistung geben, wie die verschiedenen Baustoffe sich zur Wärme verhalten. Wärmefähigkeit nennt die Wissenschaft das Wärmeabfuhrvermögen der Stoffe. Aber die nächstliegenden Dinge haben auf der Ausstellung nur geringe Berücksichtigung gefunden.

Der Kachelofen war nur spärlich in einer ganz besonderen Form vertreten mit sorgfältig gearbeiteten Zügen. Auch hier sollte gezeigt werden, wie geschickt man die Wärme ausnützt, jedoch kann die Zersetzungs-Vermeidung — ihr amtlicher Name ist mir nicht zur Hand — über das alte Hauptübel der Kachelofen, den Afford-Kachelofen, nicht hinwegtäuschen. In Berlin und Vororten steht der Kachelofen in schlechtem Ruf. Man erträgt die Mängel der Zentralheizung in großen Wohnungen nur, um dem Berliner Kachelofen zu entgehen. Er ist berühmt als Affordpfeifer, er wird nach Stüd dem Zöpfer besaght, und damit ist die Arbeit gekennzeichnet. Der Schnellheizer hat keine Züge, in den Kachelofen Züge einzubauen, er baut einen bunten Kachelgemisch aus großen und einen einfachen weißen Ofen in kleinen Wohnungen; diese Ofen werden Schloßöfen, denn die hohen Züge setzen gänzlich. Was in solchen Kachelöfen für Brennmaterial verschwendet wird, läßt sich im Rahmen eines kurzen Beitrags nicht beschreiben. An diesem Punktwert ist aber niemals der Affordheizer schuld, sondern die Arbeitervereine, die von Sachverständigen nicht kontrolliert wird. Außerdem steht in unfern Ausstellungen jedes Verständnis für Sparame Heizung. Durch Kachel- und Feuerlöcher jagt die kalte Luft ungehemmt und reißt das unentbehrliche Brennmaterial durch den Schornsteinflucht, den der Ofen bildet, und von da ins Rauchrohr. Mehr als die Hälfte des Brennmaterial-Heizwertes geht verloren. Der Mieter solcher Kachelofenwohnung kriecht frohstüßig schweißende Züge, die oben rein metallisch oft ganz minderwertiges Material waren. Arbeiterwohnungen in Seitenstraßen und Quergebänden sind in Berlin und Vororten durch diese Kachelofenwohnungen meist unheißbar. Die Armen leisten aus Verzweiflung einen kleinen eigenen Kaminofen in den Kachelofen, um wenigstens vorübergehend Wärme zu erzeugen.

Der Berliner Kachelofen ist im Laufe der Jahre, wie so vieles in der Baugeschichte, eine echte Baubauart-Spezialität geworden, unter der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten schwer leidet. Hier hätte die Ausstellung durch gute alte Vorbilder unter Vermittlung neuer Fortschritte etwas bieten müssen. Gerade die Heizung von Arbeiterwohnungen ist die heute durch Sparame in schändlicher Weise vernachlässigt. Der Arbeiter findet nur in den seltensten Ausnahmefällen ein befriedigendes, warmes Winterheim. In tausend Fällen liegt der arme Arbeiter im Winter in unheißbaren oder schlecht heizbaren Gebäuden, die bei schweren Kälte seinen Tod beschleunigen. Die Zurechtweisung der Wärmeabfuhr und die Kenntnis der neuen Sparamebauweise mit Hohlwänden läßt sich ja hören; aber sie genügt nicht, wir brauchen auch Wärmemittel und Wärmeaufspeicherung in solchen Ofen.

Der Kachelofen für die neuen Kleinstwohnungen erscheinende Kachelöfen in gewissenhafter Bauart mit sorgfältig eingebauten Zügen?

Der Kachelofen muß für Wirtschaftszwecke eine Wärmequelle haben. Eine befriedigende Arbeiterwohnung ist nicht auf die Wohnfläche mit ihren Beschäftigungen und Unbequemlichkeiten angewiesen. Die sogenannte Wohnfläche ist nie und nimmer ein edles Familienheim für eine Familie mit Kindern, sondern ein Nesthäkchen aus der Schinderei der Zwölfstundearbeit, der Hast und Eile. Auch die Arbeiterfamilie soll allmählich geordnete Arbeitszeiten erlangen im warmen Ofen und Wohnzimmer. Wir müssen der Sparame Bauweise nach allen Richtungen auf

die Finger zeigen, damit auch für Arbeiter Sparaborteile gewonnen werden. Es müssen Küchenherde und Ofenfeuerungen so zweckmäßig sein, daß nicht durch Brennmaterialverbrauch das wieder zugefügt wird, was man an Wärme erspart. Deshalb, Genossen, seid aufmerksam bei Euren Bauarbeiten in den Siedlungsbauten!

Die letzten Nummern des „Grundstein“ benachrichtigen uns, daß die Baukontrollen teils verschärfert, teils neu ins Leben gerufen werden. Aber ich will nicht mißverstanden sein: wir wollen nicht wie die Verordnungen fordern: morgen früh um 7 Uhr soll der Zukunftstaat anfangen und übermorgen sollen die Arbeitgeber enteignet werden — vor solchem Blödsinn kann nicht einbringlich genug gewarnt werden —, sondern wir wollen nur unsere Forderungen fortsetzen und durch die neue Ordnung ihre Erfüllung in dem Maße beschleunigen, als die Befreiung aller Hindernisse dies gestattet. Nicht oft genug und nicht einbringlich genug kann wiederholt werden, daß alle Freiheiten und Fortschritte in Gewerbe, Handel, Landwirtschaft, kurz auf allen Gebieten der Arbeit nur langsam durchführbar sind. Unsere Volkswirtschaft ist ein verwitterter, vergifteter Organismus, der in Trümmern liegt, wenn man Verderben in seinen gesellschaftlichen Zuständen überläßt, überläßt, überläßt. Die wilden, wütenden Wirtschaftsverderber und Freiheitsräuber sind die größten Arbeitsschänder gerade jetzt, wo wir beginnen wollen, Neues zu schaffen, durch Zerknirschung des Arbeiterwohls zu fördern, nicht durch leere Redensarten.

In den Arbeiterwohnungen ist eine schwer zu lösende Aufgabe: die Wegschaffung der Abortstoffe. Die Gartendingung mit den eigenen Abortstoffen ist von sehr zweifelhaftem Wert. Es müssen feste Kasse und Kasse aus gesundem Material außer dem Dung beschafft werden. Verursacht wegen ihrer unattraktiven und unappetitlichen Früchte sind die Berlin gefürchten Kieselheizer. Hier wird nichts unabhängig groß, weil die Arbeiter überdünnt werden. Die Kasse, die dort wachsen, werden ungenügend gekauft. Die Hausfrauen haben einen natürlichen Widerwillen gegen die aus dem Kochtopf überfließenden Gemüße.

Für Arbeiterwohnungen sieht man die Entwässerungslöcher; man will die Klaffen über die Gärten verteilen. Das kann zu großen Unbehagen führen, wenn eigenhändige Kleinrentner darauf bestehen, Spülflüssigkeit anzulegen, und bei dem Übermaß von flüssigen Düngstoffen schließlich nicht wissen, wohin mit dem Überfluß. Die Deutsche Gartenstadgesellschaft Grünau in der Markt gibt in ihrem Heft I (Reinigungs-Bericht Robert Federn, Leipzig 1915, Preis M. 2,50) in vortrefflicher, wissenschaftlich vielseitiger Weise Auskunft über die Behandlung und zweckmäßige Verwertung der Düngstoffe. Der sehr erfahrene Vorstand des Deutschen Bundes der Vereine für naturgemäße Lebensweise, Herr Paul Schirmer, Berlin, Tempelhofer Ufer 22, gibt für Einzelstellenbesitzer wertvolle Hinweise auf die Hilfsmittel, alle Abortstoffe geruchlos und gefahrlos zu binden und zu entfernen, zugleich aber ihre Dungkraft nutzbar zu machen. Schirmermeister behält eingehende Erfahrungen aus der Gartenkolonie Eben bei Cramenburg. Das Ausfahren von Jauchegruben ist einfach und kostet viel zu viel. Sehr einfach gestaltet sich die Behandlung der mit seinem Torfmüll gebundenen Abortstoffe. Man mischt dem Torfmüll Gipspulver, das ist schwefelsaurer Kalk, oder löslichen sauren Kalk, das ist Pottasche, bei, dadurch lassen sich die Abortstoffe ausgeglichen werden zu Komposthaufen. Die Abfälle und Küchenwasser werden bei diesem System getrennt aufgefassen; ihre Verwertung oder ihr Auspumpen ist nicht entfernt so einfach als wenn die Abortstoffe beigemengt sind. Die Abfälle und Küchenwasser lassen sich oberirdisch ohne Schaden auf verhältnismäßig kleinen Flächen vertiefen.

Praktisch sind solche Einrichtungen nur durchführbar, wo der Arbeiter frei über seine Scholle verfügt, wo er also nicht überzogene Gemüße und Zwangsfrüchte zu genießen

braucht wie die Kanalisationsfäbder. Wie Schirmermeister berichtet, fangen die Kieselheizerwirtschaften jetzt auch an, mit verschiedenen Kalkarten, besonders mit Kainit, zu düngen. Die Frage der Befreiung oder Verwertung der Abortstoffe ist in der Ausstellung „Sparame Bauweise“ nicht berücksichtigt gewesen. Man hätte dankbar anerkannt, wenn der Torfmüll und seine Bezugsquellen zu unserer Kenntnis gebracht worden wären. Eine Sparame Bauweise ohne Berücksichtigung der zweckmäßigen Verwertung und Befreiung der Abortstoffe ist überhaupt nicht denkbar. Soll der Arbeiter auf seinem Gartenland gesunde Nährfrüchte ziehen, so muß er darüber aufgeklärt werden, wie dringend nötig es ist, neben dem Stallmist und dem Abortdung auch Gesteinsmaterial gepulvert, also Gips und Hoßkalk, heranzuschaffen und mit Torfmüll die Komposthaufen zu bilden, die den soliden Düngvorrat liefern.

Die schweren Friedensbedingungen, die uns diktiert werden, müssen tiefgreifende wirtschaftliche Veränderungen bei uns herbeiführen. Inwiefern unsere Industrien durch England und Amerika schlaggelegt werden, ist noch nicht zu übersehen. Viele Arbeiter werden in landwirtschaftliche Betriebe eintreten müssen. Die Verteilung großer Güter wird eine neue Landwirtschaftsordnung schaffen. Vor allen Dingen aber muß gegen die wucherischen Baugeldgesellschaften mit Gehehen vorgegangen werden; denn sie sind eifrig bemüht, durch hohe Baupreise das Wohnungsbauland zu erhöhen. Ein Mittel, den Auswandererstrom aufzuhalten, der sich nach Aufhebung der Wäbade in Bewegung setzen wird, können die Arbeiter-Gartenstädte werden. Die Baugeldgesellschaften sind zurzeit ein erhebliches Hindernis, das Bauen von Arbeiterwohnungen in möglichst vielen Gebieten des Reiches in Angriff zu nehmen. Ihnen gegenüber sind auch Ausstellungen für Sparame Bauweise maßlos.

Internationales Arbeiterrecht.

Als 1914 plötzlich der Krieg über die Völker Europas hereinbrach, da stürzten alle Völker ein, die vorher die geistigen Verbindungen von Volk zu Volk hergestellt hatten. In den vorhergehenden Jahrzehnten hatten auf den beschriebenen Gebieten des geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens vielfache Annäherungen, Erweiterungen und Verständigungen zwischen den Vertretern der einzelnen Völker stattgefunden. Es gab einen Weltkongress, der wechselnd in den verschiedenen Hauptstädten der europäischen Länder tagte, bei welchen Zusammenkünften die politischen Vertreter der meisten europäischen und außereuropäischen Länder die großen Fragen des Weltverkehrs erörterten und internationale Vereinbarungen trafen. Es gab wissenschaftliche Kongresse, die von den hervorragenden Gelehrten aller Länder besucht wurden und auf denen ein reger Austausch der Meinungen hinsichtlich zu einer weltweiten Verständigung auf geistigen und praktischen Gebieten führte. Für Industrie und Handel waren in internationalen Verkehr zahlreiche Verträge geschlossen worden, die die wirtschaftlichen Interessen sowie die Notwendigkeiten der Fortschreitenden Entwicklung des Weltverkehrs und Weltverkehrs führten hier von selbst zu einer persönlichen Annäherung der Betriebsleiter und der Vertreter des Handels.

Aber auch zwischen der Arbeiterklasse der meisten Kulturländer hatten sich gewisse internationale Annäherungen und Verständigungsmöglichkeiten herausgebildet, indem auf den internationalen Kongressen die politischen und gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiter zur Förderung der Arbeiterfragen, der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zusammentraten.

Auf allen diesen Zusammenkünften, waren sie wissenschaftlicher, wirtschaftlicher oder verkehrswirtschaftlicher Art, ist für die Kulturmenschen manche Arbeit von hohem Wert geschaffen worden und manche internationale Vereinbarungen, namentlich auf dem Gebiete des Verkehrswezens, haben zweifellos für alle beteiligten Völker einen hoch zu veranschlagenden wirtschaftlichen Nutzen mit sich gebracht.

So hat vor dem Kriege auf den verschiedenartigsten Gebieten des Völkerebens zweifellos ein zielbewußter, zur Verständigung und zum Ausgleich der Interessen führender Internationalismus manche geistigen Ver-



eine t
Diese
sich
Stad
notw
in d
über
Steu
fakt
läßt
grem
weil
iger
Frei
mögl
sicher
man
soll
sind
höch
wie
zu li

it
troff
Ber
erf
Jun
6.02
sich
mit
Zeit
grö
man
Waf
ende
6.4
Mit

1. R
2. R
3. R
4. R
5. R
6. R
7. R
8. R
9. R
10. R
11. R
12. R
13. R
14. R
15. R
16. R
17. R
18. R
19. R
20. R

Zul
hat
Mit
ist
R
des
Zul
die
zur
He
4.
reg
vor
Ber
Lu
sich
zur
St
der
Mit
die
gen
Be
mit
erst
ist
ern
vor
Za

rührungspunkte und manche vorteilhaftesten Vereinbarungen geschaffen. Und es muß hier besonders darauf hingewiesen werden, daß es nicht nur die Vertreter des geistigen Lebens und der oberen Gesellschaftsklassen waren, die eine internationale Fühlungnahme suchten und verantwortlich, sondern, daß die Idee der internationalen Verständigung und Verbündung ganz besonders in der Arbeiterschaft stark verbreitet war und hier als eine der ersten und wichtigsten politischen Forderungen galt.

Aber die Tatsache läßt sich nun einmal nicht wegleugnen, daß alles, was vorher irgendwie zu einer Annäherung der Völker geführt, zu einer internationalen Verständigung gedient hatte, bei Ausbruch des Krieges plötzlich abgebrochen und gestört war und daß der Internationalismus in jeder Form von der Katastrophe des Zusammenbruchs ereilt wurde. Auch der Arbeiterinternationalismus! Der Nationalismus hatte sich unter den Wirkungen der Kriegssphäre in allen Ländern zur nationalistischen Verheerung gesteigert und die Völker in einen Haß und in eine Kriegsbewehrung hineingeworfen, die bei objektiver Betrachtung doch jeder Notwendigkeit und Logik entbehren. Aber das Bedauern über diese Vorkommnisse hilft uns nicht über die historische Tatsache hinweg, daß bei Ausbruch des Krieges alle internationalen Annäherungsmöglichkeiten plötzlich vernichtet waren, daß auch die Arbeiter der Kriegführenden Völker überwiegend auf nationalstimmigen Boden und sich als Feinde gegenüberstanden.

Rein Zweifel kann darüber bestehen, daß der Internationalismus auf der ganzen Linie zusammenbroch und der Nationalismus feindsel und überwindliche Schranken zwischen den feindseligen Völkern zog.

Der Krieg hat nun mit unserer Niederlage geendet und bis jetzt liegen kaum irgendwelche Anzeichen dafür vor, daß bei den Siegern eine Neigung dafür besteht, sich uns auf politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebieten anders als in der Eigenhaft des fordernden und herrschenden Siegers zu nähern. Muß Deutschland für alle Zukunft die Hoffnung auf geistigen Verkehr, auf Gütertausch und auf ein erträgliches politisches Verhältnis mit den anderen Völkern aufgeben? Soll das unheilvolle Wort aus der Antike: „Wehe den Besiegten!“ auch heute noch eine Bedingung haben?

Der Krieg hat in vielfältiger Weise den Beweis erbracht, daß wir in unserer wirtschaftlichen Lebensbedingungen auf den Güterverkehr mit der Außenwelt dringend angewiesen sind, daß wir Eis- und Kohlen für Industrie und Fertigungen haben müssen, um unser Volk von 70 Millionen lebenskräftig erhalten zu können. Würden wir dauernd von der Außenwelt und vom internationalen Verkehr so abgeschnürt werden, wie es seit Kriegesbeginn bereits geschieht, so würden wir auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens verkommen, Armut und Verelendung würden mehr und mehr uns sich greifen und es braucht nicht noch ausdrücklich erörtert werden, daß besonders die deutsche Arbeiterschaft unter einem solchen Zustand der Nahrungsmittelknappheit zu leiden hätte.

Wer nicht alle Hoffnung auf die deutsche Zukunft aufgibt, muß daher an den Gedanken einer kommenden Verständigung und wirtschaftlichen Annäherung der gegeneinander gehetzten Völker festhalten und seinerseits alles tun, was zu einer Fühlungnahme und Wiederaufnahme der früheren Beziehungen führen kann. Ganz besonders erwünscht hier der Arbeiterschaft und ihren Führern eine wichtige und dringende Aufgabe.

keiten der Arbeiterschaft drängen zum Verhandlungsgang, an dem die Verständigung und die internationale Vereinbarung in gewissen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen erzielt werden muß.

Alle Feinde der Gewerkschaften im neuen Kleid.

In alten Klassenkampf, als der Kapitalismus seinen Höhepunkt entgegenging, sind unsere Gewerkschaften aus der Not der Arbeiter geboren worden. Sie sollten Waffen sein im Kampf der Arbeiterklasse um ihren Aufstieg, sie sollten die Arbeiter schulen und zusammenfassen; um aus den vielen einzelnen eine Macht zu gestalten, die nicht nur den einzelnen Unternehmern, sondern auch den Unternehmerverbänden im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um einen größeren Anteil am Arbeitsertrag, gewachsen war. Diese Aufgabe haben die Gewerkschaften im Laufe der Jahrzehnte in steigendem Maße erfüllt. Sie waren stets von zehrenden und mächtigen Feinden umgeben. Sie waren die Feinde der Staatsgewalt, das ganze Unternehmertum gegen die Macht der Arbeiterschaft, die ganze Kapitalistenklasse hat sich ihrem Werden und Wachsen in den Weg gestellt. Ihr Entstehen war trotzdem nicht aufgehoben. Man konnte sie zwar mit Hilfe des herrschenden Schandgesetzes eine Zeitlang unterdrücken und niederhalten, aber hinterher nahm ihre Entwicklung nur einen um so rascheren Gang. Binnen kurzer Zeit waren die Gewerkschaften zu einer Macht geworden, mit der das Unternehmertum verhandeln und durch die es die Arbeiter als gleichberechtigt bei der Festlegung des Arbeitsvertrages anerkennen mußte. Selbst der Staatsgewalt gegenüber waren die Gewerkschaften mit ihrer strengen Zusammenfassung sowie infolge der sozialistischen Erziehung und Erziehung der Arbeiter zu einer Macht geworden, die man vorzüglich in Rechnung stellte.

Während des Krieges und besonders mit Ausbruch der Revolution sind den Gewerkschaften andere Feinde entstanden. Diese Feinde sitzen in jenen politisch linksstehenden Gruppen der Deutschland und die ganze Welt dem Kommunismus entgegenstehen wollen, die uns aber in Wahrheit nur der Anarchie entgegenstehen. In den letzten Tagen des vergangenen Jahres hat sich der Spartakusbund auf seiner Tagung in Berlin mit der Gewerkschaft von Betriebs- und Berufsämtern verbündet. Dabei hat er auch gegen die Gewerkschaften Stellung genommen. Er lagern der Konferenz zwei Anträge zu dieser Frage vor, die auf Anrechnung von Rosa Luxemburg beide einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiegen wurden. Der eine Antrag (Antrag Meyer, Berlin) lautet:

Die Reichskonferenz erklärt: Die Tarifvertragspolitik der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die Abwägung der Interessen und die systematische Unterbindung des sozialistischen Freiheitskampfes des Proletariats durch die Gewerkschaftsbürokratie sowie die ablehnende, ja feindselige Haltung der Verbandsführer gegen die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der Produktionsmittel sind in ihrer Wirkung haarscharf und darum revolutionärschädlich. Zu ihrer Beseitigung ist es notwendig, unverzüglich mit den Zielen und den Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Führung der wirtschaftlichen Kampfe und zur Übernahme der Produktion nach dem Sieg der sozialen Revolution zu streben. Hierzu sind die Gewerkschaften, örtlich begrenzter Arbeiterorganisationen (Einheitsorganisation) notwendig. Diese Kampforganisationen haben ihre Tätigkeit im besten Einvernehmen mit der kommunistischen Partei und den zentralen Streikkommissionen auszuüben und die kommunistische Produktion vorzubereiten und durchzuführen zu helfen.

Der zweite von mehreren Delegierten gestellte Antrag lautet:

Die Politik der Gewerkschaften hat vor und während des Krieges zu einer vollständigen Unterbindung des revolutionären Klassenkampfes geführt. Die Gewerkschaften von innen heraus zu reformieren, ist nach allen bisherigen Erfahrungen ein ausichtsloses Beginnen. Die Konferenz der kommunistischen Partei beschließt deshalb, den Kampf gegen die Gewerkschaften von außen anzusetzen und zu führen. In der ersten Phase sollen die Gewerkschaften auf, unerschütterlich eine Kurze propagandische aus den Gewerkschaften auf nachdrücklichste zu entfalten. Die Konferenz verpflichtet die Mitglieder der kommunistischen Partei Deutschlands, ihre Arbeit sofort auf den Kampf gegen die Gewerkschaften zu verlegen. In der jetzigen Situation ist der Standpunkt von getrennt geführten wirtschaftlichen und politischen Kämpfen vollständig überholt. Für das revolutionäre Proletariat ist die wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation geboten. Diese ist die kommunistische Partei Deutschlands.

Der dritte Antrag aufmerksam liest und die Arbeiterbewegung schon vor dem Krieg verfolgt hat, der wird festschreiben, daß die in ihnen zum Ausdruck kommenden Gedanken sich durchaus in den Gedanken der ersten Anträge der kommunistischen Partei Deutschlands wiederfinden. Da ist die Bildung einer revolutionären, örtlich begrenzter Arbeiterorganisationen,

die ihre Tätigkeit im Einvernehmen mit den zentralen Streikkommissionen ausüben sollen. Es ist unklar zu erkennen, daß hier die lokalpolitisch-syndikalistischen Gewerkschaften wieder zu neuem Leben erweckt und gegen unsere Zentralverbände mobil gemacht werden sollen.

Tatsächlich haben diese Gewerkschaften, oder besser: diese Überreste ehemaliger Gewerkschaften, nach Ausbruch der Revolution ihre alte, für die Einheit der Arbeiterbewegung so verhängnisvolle Tätigkeit wieder aufgenommen. Am 14. Dezember kam in Berlin die erste Nummer des „Syndikalisten“, des legitimen Nachfolgers der früheren „Einigkeit“, heraus. Derleger des Blattes ist wieder unser alter guter Bekannter Friedrich Kater. Dieser erließ gleich in der ersten Nummer namens der „Geschäftskommission der freien Arbeiterbewegung deutscher Gewerkschaften“ einen Aufruf zu einer Konferenz der angeschlossenen Vereine, die denn auch am 26. Dezember in Berlin stattfand. Sie war nach dem „Syndikalisten“ von 33 Delegierten aus 43 Ortsvereinen besetzt. Schon in Nr. 1 des „Syndikalisten“ gab man das Programm der Syndikalisten bekannt. Es ist, wie früher, die „direkte Aktion“, das parlamentarische, Antisystem, gewerkschaftlich-politische Einheitsorganisation usw. Vor der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, wurde ausdrücklich gewarnt, daß gegen den Mitglieder gemeinsamen Gängelern in den politisch am weitesten links stehenden Gruppen, besonders dem Spartakusbund, empfohlen. In diesem Sinne wurde auf der Konferenz auch beschloßen. In einer Resolution wurde zum Austritt aus den „bürgerlich-reformistischen Zentralverbänden“ aufgefodert.

Die Aktion gegen die freien Gewerkschaften geht also von den uralten Feinden, den Kapitalisten und Syndikalisten, aus. Verbunden mit dem kommunistisch-spartakistischen Syndikalismus moßen sie die Gewerkschaften zerstören. Sie treten dabei als die revolutionären Feinde der Arbeiter, als die Feinde der „Einheitsorganisation“ auf und behaupten gegenseitig auch, daß sie die Einheit der Arbeiterbewegung, wenn nötig, über die Köpfe der Führer hinweg herbeiführen wollten. In Wahrheit ist ihr Vorgehen auf die Zerrückung der Gewerkschaften gerichtet. Wo diese Leute größeren Einfluß haben, da haben die Gewerkschaften das „Wohlfühlen“ dieser Gruppen bereits in recht unangenehmer Weise zu fühlen bekommen. In Hamburg zum Beispiel haben sie am 9. Januar eine Demonstration organisiert, die die Ablehnung der Gewerkschaftsleistungen und die Unterstellung der Gewerkschaftskassen unter ihre Diktum zum Ziele hatte. Auf ihren Wunsch ließ Dr. Laufenberg, der Vorsteher des Hamburger Arbeiterrates, die Bureau des Hamburger Gewerkschaftsbundes schließen und das Gewerkschaftsbüro militärisch besetzen. Am anderen Tage konnten zwar die Gewerkschaften ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, es wurde ihnen aber erklärt, daß sich auf Beschluß des Arbeiterrates, die Gewerkschaftsorganisationen einschließlich der Gewerkschaftsbürokratie dem Arbeiter- und Soldatenrat unterzuordnen hätten. Die organisierte Hamburger Arbeiterschaft nahm am 11. Januar in einer gewaltigen Demonstration, an der weit über 100000 Personen teilnahmen, gegen die neue und ähnliche Diktaturgehalte Stellung und erzwang die Neuwahl des Arbeiterrates. Der Soldatenrat hatte die Diktaturbestrebungen von vornherein nicht unterstützt. Auch in Bremen, wo die Einheitskräfte ihre Diktatur proklamiert haben, hat man die Gewerkschaften dieser Diktatur unterstellt und ihnen die Fortführung der Geschäfte zeitweilig erschwert oder unmöglich gemacht.

An dem Vorgehen gegen die Gewerkschaften sind nicht selten auch Unorganisierte sowie Leute beteiligt, die erst in allerjüngster Zeit unter einem heißen Druck in die Gewerkschaften hineingekommen sind. Ihnen sind die Gewerkschaften mit ihrer freiwilligen Disziplin und ihrem streng ausgeübten Vertragsbündnis immer ein Greuel gewesen. Jetzt halten sie die Zeit für gekommen, wo sie sich unter der Leitung der Syndikalisten, Kommunisten und Spartakisten an den Gewerkschaften rächen können. Gemeinsam mit diesen erstreben sie die Beseitigung der Gewerkschaften. Die Arbeiter müssen vor allen diesen alten und neuen Gewerkschaftsfeinden auf der Hut sein. Sie dürfen sich nicht durch Redensarten belassen machen lassen, sondern müssen ihre Organisationen, die sie früher gegen jede Reaktion und jede Gewalttätigkeit verteidigt haben, auch gegen jede Gewalttat von links verteidigen. Sie werden diese Organisationen noch notwendig brauchen.

Terror und Verbrechen.

Die Gewalttätigkeit, die die Spartakusgruppe in den letzten Wochen in Berlin und damit im ganzen Reich anrichtete, hat ebenso blutige wie schreckliche Früchte getragen. Selbst nur eine verhältnismäßig kleine Minderheit im deutschen Volk, wollte der Spartakusbund dieses Volk seiner politischen Herrschaft unterwerfen, und zwar mit allen Mitteln der Gewalt. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses Streben zu blutigen Kämpfen führte; denn kein Volk, das es wagt, die deutsche, toten die Gewalttätigkeit einer Minderheit abgeköpft hat, wird sich gleich hinterher eine noch unerschütterlichere Gewalttätigkeit einer noch kleineren Minderheit aufzulegen lassen. Das deutsche Volk will die Demokratie, es will mitbestimmen an seinem Geschick, und es will sich nicht mehr von einer auf irgend eine Weise gegen seinen Willen zur Herrschaft gekommenen Minderheit terrorisieren und funieren lassen. Das ist der Grund, weshalb man überall im Deutschen Reich, wo noch etwas deutsches Blut aus der Demokratie entspringen dürfte, die Maßnahmen ergreift, die die Reichsregierung der parlamentarischen Gewalt in Berlin entgegenstellt. Es ist tief bedauerlich, daß es zu solchen Maßnahmen kommen mußte, und daß infolge des

Verzicht der Ausführung einer neuen Gewaltverfassung allein in Berlin mehr Zeit, und zwar 24 Stunden, so daß die...

Aber so erfreulich es auch ist, daß der Regierung in Berlin die Herstellung der Ruhe und Hoffentlich - wir sagen Hoffentlich, weil wir dies zur Stunde, da dieses geschrieben...

Mit den beiden Vorkäten hat der Spartakusbund seine angeschlossen. In Berlin wird die Spartakusbund...

Kriegsschäden eine einmalige gestaffelte Vermögensabgabe unter möglichst vollständiger Erstattung aller Kriegsgewinne...

Nach vor wenigen Monaten erschienen diese Forderungen der Bodenreformer unter Regierung und allen Parteien...

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Das Ergebnis ergibt aus 19 Bezirken (Märzstraße 1919) darin von 699 Bauarbeitern 638 mit 131 292 Arbeitslosen...

Table with 10 columns: Bezirk, Ingesamt, Zahl der Bauarbeiter, In den bezirklichen Bezirken, In den bezirklichen Bezirken waren am Feststellungstage arbeitslos, etc.

Berichte.

Dolzgründen. In unserer Mitgliedsversammlung am 9. Januar wurde bei der Vorhandlung Kollege Wilhelm Jahn...

Ein „Grundstein“ für die besetzten Gebiete. Lohnherabsetzungen in Mainz.

Anfänger der Abfertigung war bei der Entlassung besetzten linschneidenden Gebiete kann demnach nicht unsern dortigen Kollegen...

kurzen Aufsatz an die Kollegen weist die Begriffsbestimmung darauf hin, daß die Kollegen im besetzten Gebiet seit Zusammenhalten...

Für das Gebiet von Mainz und Umgebung haben die freien Gewerkschaften ein gemeinsames Mitteilungsblatt als Ersatz...

Deutsche Gesangene zu Sklavenarbeit verdammt?

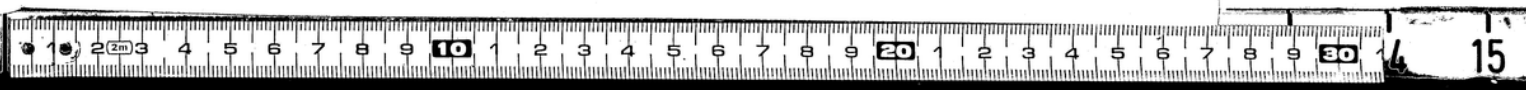
Nach Meldungen aus Genf hat der französische Minister am 14. Januar beschlossen, daß die deutschen Kriegsgefangenen...

Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Eine Verordnung des Staatssekretärs des Reichsanwesens für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 4. Januar 1919...

Forderungen der Bodenreformer an den neuen Staat.

Die Bodenreformer, die während des Krieges in allen Kreisen der Bevölkerung großen Ruf gefunden haben, stellen an den neuen Staat folgende Forderungen:



12

eine licher Die die ihen groß küst Stab von notw der in d über Sten fuhr läßt geem weitz igen Frei mögl sche manaffe fons böri wie zu li

ii

troff Wer erfol Jun 6,02 löstg mit Leip größ man Best — Ende 6,4 Mit

1. 8. 2. 2. 3. 4. 5. 2. 6. 9. 7. 0. 8. 1. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

hat Mi M ist i des zu übe zur Ge 4. reg vo Be Au sich zur Sch Da der die ger die mit erf ist er So Za

Schiedspruch unterwerfen, den letzteren für verbindlich erklären. Die Verordnung ist mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft getreten. Sie ist im „Reichsanzeiger“ vom 8. Januar 1919 veröffentlicht.

Arbeiterausschüsse oder Baudelegierte?

Nach der Verordnung des Reichsdemobilisierungsamtes über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Streitigkeiten vom 23. Dezember 1918 müssen in allen Betrieben, in denen auf Grund des inzwischen aufgehobenen Kistendienstgesetzes Arbeiter- oder Angestelltenausschüsse bestanden, die Mitglieder dieser Ausschüsse neu gewählt werden. In Betrieben mit mindestens 20 Arbeitern, wo nicht schon solche Ausschüsse bestanden, sind sie zu errichten. Nach § 12 dieser Verordnung brauchen jedoch Arbeiterausschüsse dann nicht gewählt zu werden, wenn die Arbeiter auf Grund eines für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages eine andere Vertretung gegenüber dem Arbeitgeber haben. Für das Baugewerbe sind diese Vertretungen unsere Baudelegierten. Das ist gleich nach Erfolg des Kistendienstgesetzes zwischen den entsprechenden Arbeiterverbänden und dem Arbeitgeber für das Baugewerbe vereinbart und nach dem Abschlusse der großen Gewerkschaftsverträge bei Ausbruch der Revolution in folgender Form erneuert und bekräftigt worden:

Die in Punkt 7 der Vereinbarung vorgesehene Einsetzung von Arbeiterausschüssen für Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten ist im Baugewerbe nicht durchführbar. Die Zentralorganisationen vereinbaren an ihrer Stelle, daß in Zukunft die Arbeiter auf jeder Baustelle berechtigt sind, Baudelegierte zu ernennen, die die Arbeiter zu vertreten haben und Beschwerden über Nichtbeachtung der Tarifvertragsbestimmungen oder Arbeitsverhältnisse beim Unternehmer oder dessen Vertreter vorbringen können. Maßregelungen der Baudelegierten dürfen nicht stattfinden. Beschwerden der Baudelegierten über vermeintliche Maßregelungen oder der Arbeitgeber über den Baudelegierten sind an die Organisation zu richten, der der Baudelegierte angehört.

Damach sollen also unsere Baudelegierten die Funktionen der Arbeiterausschüsse ausüben. Man hat zu dieser Maßnahme deshalb gegriffen, weil es sich im Baugewerbe sehr häufig um kleine Arbeitsstellen handelt, wo die zur Errichtung von Arbeiterausschüssen gesetzlich erforderliche Arbeiterzahl nicht erreicht wird, und weil ferner die Arbeiter auf den Bauten in der Regel nur von kurzer Dauer sind, auch die Bauarbeiter ihre Arbeitsstellen und ihre Arbeitgeber viel häufiger wechseln als die Arbeiter in Fabriken und anderen festen Arbeitsstellen. Schließlich müssen die Bauarbeiter, als gut organisierte Arbeitergruppe, auch Wert darauf legen, daß ihre Angelegenheiten von der Vertretungsmannschaft des Baugewerks — denn als solche gelten die Baudelegierten — der Arbeitsstelle gegenüber den Unternehmern — erledigt und nicht von Inorganisierten bearbeitet werden. Wichtig ist nur, daß auf größeren Arbeitsstellen mehrere Baudelegierte gewählt werden, die dann gemeinsam die Funktionen des Arbeiterausschusses auszuüben haben. Im § 6 der Verordnung des Reichsdemobilisierungsamtes über die Einsetzung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 4. Januar 1919 ist diese Regelung ausdrücklich als zu Recht bestehend anerkannt. Unsere Baudelegierten werden also auch bei der Einsetzung, Entlohnung und Entlassung der Arbeitskräfte auf Grund dieser Verordnung mitzuwirken haben.

Legt Kleingärten an!

Im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege hat sich rings um unsere Großstädte ein Kranz von Kleingärten, sogenannten *Gartenparzellen*, gebildet. Arbeiter, die gezwungen sind, die Woche über ihre Arbeit im Dunst der Städte zu tun und vielleicht in Fabriken oder Kontoren zu sitzen, haben sie angelegt, um des Sonntags oder auch des Abends mit ihrer Familie eine bequeme Gelegenheit zur Erholung zu haben. Durch leichte Gartenarbeit lüchelt ihre freie Zeit zu vertreiben und ihre und ihrer Familie Gesundheit zu fördern. Daneben fällt auch der Ertrag des Gartens an Blumen, Gemüse und anderen Früchten als wertvolle Hilfe für den Haushalt ins Gewicht.

Während des Krieges haben diese Vertretungen eine große Ausdehnung erfahren. Was vorher für viele in der Hauptstadt Epoche und edler Zeitvertreib war, ist unter dem Zwange der Not zu einer wirtschaftlichen Hilfsaktion in großem Maßstab geworden. Groß war die Zahl derer, die in den letzten Jahren in Groß-, Mittel- und Kleingärten ein Stück Gemüse- oder Gemüseland zu pachten Lusten gemacht. Und was für Land die nötigen Anpflanzungen solcher Kleingärten in Anlehnung an Straßen, Bahnhöfe, Sandhügel, Rasenflächen und anderes Oedland wurden urchbar gemacht, um dem Boden den zum Leben so dringend nötigen Zulauf abzugeben. Ohne Zweifel haben diese Kleingärten in der Kriegszeit sehr viel dazu beigetragen, daß nicht noch mehr Menschen an Unterernährung elend zugrunde gingen.

Diese Hilfe für unsere Volksernährung wird auch in den nächsten Jahren noch dringend gebraucht. Wer nicht selbst ein kleines Eigentum, aber in seinen freizutunenden Lust zu leichter landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Arbeit hat und ein Stückchen Land in der Nähe seines Wohn-

platzes bekommen kann, sollte sich deshalb schon einen Kleingarten anlegen. Bei der jetzigen kurzen Arbeitszeit findet er in der Regel zur Bearbeitung hinreichend Zeit, ohne daß er deshalb wichtige Hausaufgaben oder die Erledigung hauswirtschaftlicher Pflichten zu vernachlässigen braucht. Solange die Lebensmittel so knapp und so teuer wie gegenwärtig sind, bietet sich ein Kleingarten für jede Familie eine nicht zu unterschätzende Hilfe, ganz besonders dann, wenn in Verbindung damit auch noch Kleintierzucht betrieben werden kann. Schließlich ist diese Art Selbsthilfe das beste Mittel, das der einzelne anwenden kann, um dazu beizutragen, daß wir in absehbarer Zeit aus der jetzigen Lebensmittelnot und Lebensmittelverknappung herauskommen. Natürlich sind wir nicht der Meinung, daß durch die Anlegung solcher Kleingärten die dringend nötige Ernährungstätigkeit ersetzt werden kann, auf deren Angemessenheit breite Schichten unseres Volkes mit Ingeduld warten. Diese ist vielmehr ganz unabhängig davon so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen.

Vom Bau.

Waffenherstellung von Wohnhäusern aus Eisenbeton. Ein Mitarbeiter schreibt uns: Es ist seit einer Reihe von Jahren davon die Rede gewesen, daß man schnell und dabei sehr billig bauen kann, wenn man die Vorteile der Eisenbetonbauweise voll ausnützt, zu einer größeren Anzahl gleicher Häuser möglichst viele und möglichst große Einzelteile, wie Grund-, Außen- und Innenmauern mit Tür- und Fenstereinfassungen, Decken, Schornsteine, Treppen usw., in Massen hergestellt und aus diesen Einzelteilen die Häuser zusammenzusetzen. Einzelne Versuche mit dieser Bauweise sind in den Vereinigten Staaten denn auch gemacht worden. In großem Maßstab hat man sie aber, wie der „Brombeus“ mitteilt, erst im vergangenen Jahre zur Anwendung gebracht, als für ein größeres industrielles Werk in Ohio mit möglichst bester Ausführung eine Etage von vorläufig etwa 150 Wohnhäusern errichtet werden mußte. Es wurden drei verschiedene Haustypen in Angriff genommen, je ein für zwei, zwei und drei Familien. Um die Einformigkeit aus dem Stahlbeton fernzuhalten, wurde man lange und gerade Straßen, ordnete viele Plätze an, legte Bäume und Hintergärten an, vermied Reihenbauweise, bevorzugte die offene und hellfarbene und ließ auch die Hausfrontlinie abwechslungsreich und zurückzuführen, so daß Garten und Winkel entstanden. Ein- und Mehrfamilienhäuser ließ man miteinander abwechseln und änderte auch die Grundmauern des einen Hauses hier und die des anderen weniger tief in die Erde verlegt, so daß alle ungeraden Ecken der Häuser in verschiedene Höhen zu liegen kamen. Zu einem Einfamilienhaus mit vier Zimmern, Bad, Kuche, Wannenbänken, Keller und Veranda gehörten etwa 60 Einzelteile aus Eisenbeton. Die Außenwände in Höhe eines Stockwerkes kamen als Rippenplatten, mit Öffnungen für Türen und Fenster versehen, als ein Stück aus den Formen und werden mit Hilfe eines fahrbaren Kranes auf die an Ort und Stelle in Formungen gestampften Fundamentmauern aufgesetzt. Die Decken des ersten Zimmers, bestes ebenfalls aus einem Stück und wird als Ganzes auf die betreffenden Außen- und Innenwände aufgelegt. Die Schornsteine werden ebenfalls als ein Stück in fertiggestellten Formen gestampft, als Ganzes im Hause aufgestellt und durch entsprechende Füge mit Wänden und Decken verbunden. Die Kuchentische werden mit farbigem Anstrich versehen, so daß auch durch verschiedene Färbung der Außenwände einige Abwechslung erzielt werden kann. — Diese Schilderung liegt sich sehr schön. Jeder erfährt hier nichts Neues, wie es sich in diesen Kleingärten zeigt. Infolge der geringen Luftdurchlässigkeit der Wände werden jedenfalls die Wohnungen nicht sehr gesund sein.

Bücher und Schriften.

Jean Jaures Sozialist und Staatsmann von Dr. Peter Wand (Hrsg. des Sozialwissenschaftlichen Bibliotheks). Preis: 1,20. Gebunden 1,40. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, 1918. — Diese Schrift ist die Neuaufgabe des im Jahre 1915 vom gleichen Verfasser herausgegebenen Buches über Jaures, das damals in ganz kurzer Zeit in drei Auflagen von zusammen 30 000 Exemplaren erschienen ist. Die Neuaufgabe ist durch einen Anfang erheblich vermehrt, der Auszüge aus den Schriften und Reden von Jaures enthält, die einen Einblick in das sozialistische und allgemeine politische Denken des großen sozialistischen Zeit der Bewegung und Stürmung innerhalb des Sozialismus jetzt aktuell sind.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Zur Orientierung für die Vereinsverwaltung. Bei dem gegenwärtigen Andrang lassen sich nicht alle Bestellungen sowie der Umlauf von Mitgliedsbüchern sofort erledigen und es tritt daher in den meisten Fällen eine Verzögerung von mehreren Tagen ein. Es hat deshalb auch keinen Zweck, uns mit Nachfragen zu befassen. Wenn dennoch solche über den Verbleib von Mitgliedsbüchern für nötig gehalten werden, so können sie nur dann beantwortet werden, wenn neben dem Tag der Einbringung auch der volle Name des Mitgliedes, sein Geburtsort und -Ort nebst Eintrittsdatum und -Ort sowie die Buchnummer benannt werden.

Mitgliederverzeichnis. Es werden des hiesigen Mitgliedsverzeichnis in Form von Büchern und Listen angefordert; Formulare solcher Art werden aber vom Vorstand schon längst nicht mehr herausgegeben. Zur

Registrierung der Mitglieder und ihres Verbandsstandes dienen die Personalkarten, die mit den dazu gelieferten Klappen die Kartothek bilden. Dieses Ordnungsmittel muß in allen Vereinen und auch in den größeren Zahlstellen gebraucht werden. Kleine Zahlstellen können sich mit dem Beitrags-Sammelbuch begnügen.

Kontrolllisten für Arbeitslose. Allgemeine Listen zur Kontrolle der Arbeitslosen, die in allen Mitgliedsstellen aufgestellt werden und von dem Führer der Werkstelle in Uebereinstimmung mit den Werkbetreibern zu führen sind, können vorläufig nicht verlangt werden. Die Vereine müssen sich zunächst mit selbstverfertigten Listen helfen. Die besondern Listen für die verschiedenen Berufsstände (Anzeige aus dem Handbuch Seite 98 Absatz 1) sind von den Vereinen bei dem zuständigen Bezirksleiter zu bestellen. **Der Verbandsvorstand.**

Briefkasten.

Die im Satz fertiggestellte Liste der Gefallenen konnte noch nicht veröffentlicht werden, weil es der Druckerei von Ruer & Co. bis jetzt nicht möglich war, die für eine achtfache Nummer des „Grundstein“ erforderliche Menge Papier zu erhalten.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach ihrem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Liste ist Seite 10 A.)
Berlin. Am 9. Januar starb das Mitglied **Friedrich Kohl** (Maurer) im Alter von 62 Jahren an Magenkrebs. — Am 15. Januar starb das Mitglied **Ernst Langhammer** (Steinholzfleger) im Alter von 87 Jahren an der Grippe.
Wiesbaden. Am 8. Januar starb unser Kollege **Wilhelm Hampel** (Maurer) im Alter von fast 42 Jahren an Herzschlag. Er gehörte dem Verbände 18 Jahre an.
Wittenberg. Am 11. Januar starb unser Kollege **Friedrich Triebel** (Maurerpolier) in Pouch an Herzleiden und Wasserflucht. — (S e h n i t z) **Franz Wilhelm Beyer** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Lungenerkrankung.
Danzig. Am 6. Januar starb unser Mitglied **Karl Wegwitz** (Maurer) im Alter von 52 Jahren an Magenkrebs.
Breslau. Am 2. Januar starb unser Mitglied **Bernhard Zschau** im Alter von 69 Jahren infolge Unfalls.
Gera. Am 10. Januar starb unser treues Mitglied **Oskar Löblich** (Maurer) im Alter von 36 Jahren an der Grippe.
Hannover. Am 2. Januar starb unser Mitglied **Karl Schiller** (Maurer) im Alter von 71 Jahren an Herzleiden.
Sandberg a. d. Wartze. Am 10. Januar starb unser treues Mitglied **Eduard Röhrer** (Stillschneider) im Alter von 78 Jahren an Darmkrebserkrankung.
Leipzig. Am 28. Dezember starb unser Kollege **Louis Kappel** (Maurer) im Alter von 59 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 7. Januar starb unser Kollege **Franz Marie** (Maurer) im Alter von 48 Jahren freiwillig aus dem Leben. — Am 11. Januar starb unser Kollege **Albin Rothe** (Maurer) im Alter von 43 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 14. Januar starb unser Kollege **Eduard Schlegel** (Maurer) im Alter von 69 Jahren an Lungenerkrankung.
Magdeburg. (O v e n s t e d t) Am 7. Januar starb unser Mitglied **David Ebeling** (Stillschneider) im Alter von 70 Jahren an Altersschwäche.
Wilmshausen-Verhagen. Am 28. Dezember starb unser langjähriger Mitglied **Karl Weber** (Maurer) an Lungenerkrankung.
München. (O h.) Am 10. Januar starb unser Kollege **Josef Senft** (Maurer) im Alter von 62 Jahren an Wasserflucht.
Wiesbaden. Am 12. Januar starb unser Verbandskollege **Julius Künstler** (Maurer) im Alter von 42 Jahren an Hirnerkrankung.
Chemnitz a. d. S. Am 6. Januar starb unser Mitglied **August Veckenstedt** (Maurer) im Alter von 61 Jahren an Hirnerkrankung.
Wien. Am 28. Dezember starb der Kollege **Eduard Wenzig** (Stillschneider) im Alter von 67 Jahren an Lungenerkrankung.
Wismar. Am 1. Dezember starb im Exilstarb unser altes Mitglied **Ferdinand Stolle**.
Wiesbaden. Am 2. Januar starb unser Mitglied **Alwin Steeg** (Gardarbeiter) im Alter von 65 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungen.

Berlin 1. (Krankentafel) Mittwoch, den 29. Januar, abends, bei Wollf, Salvatorstraße 13. L.-O.: Kassen- und Rechnungsbuch vom 4. Quartal 1918; Neuwahl eines Kassenschatlers; Kassenangelegenheiten; Bericht des Kassenschatlers. (Krankentafel) Mittwoch, den 29. Januar, abends 7 Uhr, bei Kempin, Wollfstraße 85. L.-O.: Abrechnung vom 4. Quartal. Kassenangelegenheiten. Neuwahl der örtlichen Verwaltung.
Berlin 4. (Krankentafel) Mittwoch, den 29. Januar, abends 7 Uhr, bei Wollf, Spahnstraße 3. L.-O.: Abrechnung vom 4. Quartal. Neuwahl Kassenangelegenheiten.
Essen. (Krankentafel) Sonntag, den 26. Januar, vorm. 10 Uhr, im „Eiffelturm“, Kasernenallee 92. L.-O.: Wahl der örtlichen Verwaltung. Kassenangelegenheiten. Bericht des Kassenschatlers.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paschow). Verantwortlicher Redakteur: A. Ellinger. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Ruer & Co. in Hamburg.